

Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien soll in der Region bleiben

MdL Manfred Hellmann: Hiesige Investoren gezielt unterstützen/Gesetzentwurf zur Förderung gemeindlicher Energiewirtschaft

Für ein Gesamtkonzept zum Ausbau der erneuerbaren Energien in Thüringen warb am 19. Oktober bei einem Pressegespräch in Erfurt Manfred Hellmann, Sprecher für Energiepolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Wenn Thüringen das selbst gesteckte Ziel der massiven Ausweitung erneuerbarer Energien erreichen wolle, sei die Unterstützung von in der Region ansässigen Unternehmen, von Kommunen und von Thüringer Privatinvestoren durch die Landesregierung notwendig.

Die Betreiber der meisten Großanlagen zur Produktion erneuerbarer Energien seien nicht in Thüringen ansässig, betonte Manfred Hellmann, der auch Bürgermeister der „Solarkommune“ Viernau in Südthüringen ist. Deshalb fließe die Wertschöpfung aus der Region ab. Das sei eine verhängnisvolle Tendenz, unterstrich der Abgeordnete.

dred Hellmann verwies darüber hinaus auf einen Arbeitskreis in Südthüringen, der unter Einbeziehung von Vertretern der Sparkassen und der IHK eine Pilotfunktion ausübe.

Unterdessen bereitet die Linksfraktion derzeit ein Thüringer Gesetz zur Förderung der gemeindlichen Energie-

erzeugung bedeutet auch, zusätzliche Finanzquellen zu erschließen. Deutliche Potentiale werden hierfür bei den Gemeinden gesehen.

Derzeit bestehen noch rechtliche Schranken, die eine finanzielle Beteiligung der Thüringer Gemeinden an Unternehmen, die regenerative Energien



Einrichtungen der kommunalen Sömmerdaer Energieversorgung waren eine Station der Energietour, die die Linksfraktion des Thüringer Landtags im August durch Unternehmen mit Schwerpunkten bei den Erneuerbaren Energien sowie Entwicklungs- und Forschungseinrichtungen weiter auf der Spur der Energiewende geführt hatte. Wie Energie und Wärme mittels Kraftwerken vor Ort mit hohem Wirkungsgrad produziert werden können, davon konnten sich die Abgeordneten in Sömmerda eindrucksvoll überzeugen (im Foto rechts der energiepolitische Sprecher der Landtagsfraktion Manfred Hellmann).

Arbeitskreis in Südthüringen mit Pilotfunktion

Notwendig sei jedoch, die Mittel vor Ort zur Verfügung zu haben, um regionale Wirtschaftskreisläufe – über Energiefragen hinaus – in Gang zu bringen. Doch bisher seien insbesondere die meisten Kommunen in Thüringen aufgrund leerer Kassen nicht in der Lage, ihre eigene Stromproduktion merklich auszuweiten. Daher bleiben dieses wichtige Investitionsfeld und damit auch die Wertschöpfungskette anderen überlassen. Das sei kein Thüringer Problem, sondern betreffe alle neuen Bundesländer, erläuterte der LINKE Energiepolitiker.

Er forderte ein Programm der Thüringer Bürgerschaftsbank, um hiesige Investoren gezielt zu unterstützen. Dazu habe er bereits Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium geführt. Man-

wirtschaft vor. Sie argumentiert, dass sich Bund und Land zum politischen Ziel des Atomausstiegs bekennen. Dazu bedürfe es der spezifischen Förderung des Einsatzes regenerativer Energieformen.

Einnahmen für die Gemeinden

Im Gesetzentwurf, über den die Abgeordneten beraten, heißt es: „Der weitere Ausbau dieser Form der Energie-

erzeugen und bereitstellen, verhindern. Mit diesem Gesetzentwurf wird den Thüringer Gemeinden die Möglichkeit eingeräumt, sich an Unternehmen zu beteiligen, die regenerative Energien erzeugen und bereitstellen.

Die Beteiligungen sollen auch zu dem Zweck möglich sein, den Unternehmen weitere Finanzquellen aufzuzeigen und den Gemeinden weitere Einnahmen für deren Haushalte zu erschließen.“



Bibliotheken

Anlässlich der bundesweiten Aktionswoche „Treffpunkt Bibliothek“ hatte MdL Dr. Birgit Klauert betont, dass auch die teils prekäre Situation Thüringer Bibliotheken angemahnt und eine konsequente Unterstützung gefordert werden müsse.

Bereits im Jahr 2010 hatte die Linksfraktion einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bibliotheksgesetzes eingebracht, der damals nur von den Grünen unterstützt wurde. Bibliotheken dürfen keine freiwillige Aufgabe bleiben, sondern gehören als Bildungs- und Kultureinrichtungen zur Daseinsfürsorge. DIE LINKE hatte mit ihrem Änderungsgesetz unter anderem gefordert, Bibliotheken zur Pflichtaufgabe zu erklären und allen den Zugang und die Nutzung der verschiedenen Angebote, vor allem auch der Bildungsarbeit, zu ermöglichen.

„Bibliotheken haben eine besondere Bedeutung als Bildungseinrichtungen, vor allem in Kooperation mit Schulen. Da dürfen wir nicht zulassen, dass einerseits immer mehr Bibliotheken schließen müssen und andererseits das Nutzen einer Bibliothek zu einem Luxus für nur wenige Menschen wird“, betonte die Kulturpolitikerin. Sie freue sich auf die Gespräche mit allen Fraktionen und hoffe, doch noch eine konsequente Förderung mit angemessener Landesbeteiligung überfraktionell erreichen zu können. ■

Beratungsstellen

Aus der Antwort auf die Kleine Anfrage von Karola Stange zu Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen geht hervor, dass wohnortnah bedeutet, „wenn für den Besuch einer Beratungsstelle mit öffentlichen Verkehrsmitteln ein Tag verwendet“ werde. Dann könne man die Beratungsstellen in Thüringen schließen, denn von Erfurt ist man z.B. mit dem ICE in zweieinhalb Stunden in Berlin, kritisiert die Gleichstellungspolitikerin der Linksfraktion, die sich strikt dagegen wendet, dass immer mehr Beratungsstellen abgebaut werden wegen angeblicher Überkapazität. Dabei seien die Beratungen aufwändiger geworden seien, da viele Frauen mit zahlreichen Problemen in die Beratungsstellen kommen. ■

Steuersünder-CDs

Im Ankauf von CDs mit Daten von Steuersündern sieht MdL Mike Huster einen „vernünftigen Weg zur Herstellung von Steuergerechtigkeit“. Das umstrittene Abkommen mit der Schweiz über die Besteuerung von Kapitalanlagen nennt er einen „unerträglichen Deal mit Steuerkriminellen“. Mit dem Ankauf könne nicht nur mehr Geld für die öffentlichen Haushalte eingenommen werden, sondern vor allem für Steuergerechtigkeit gesorgt werden. „Die Steuerfahnder sollen weiterhin die Möglichkeit haben, Steuerbetrüger als Kriminelle zu ermitteln und einer gerechten Strafe zuzuführen. Diese Gerechtigkeit bleibt auf der Strecke, wenn sich die Steuerhinterzieher anonym freikaufen können.“ ■

Konversionsprogramm

Die LINKE fordert ein Landeskonversionsprogramm, damit die im Zuge der Bundeswehrreform vom Streichen von Dienststellen und dem Wegfall ganzer Standorte betroffenen Kommunen nicht im Regen stehen gelassen werden. Nun sei es allerhöchste Zeit, dass sich die Landesregierung mit den Veränderungen auseinander setzt, habe sie doch bisher nur immer auf dem Erhalt aller Bundeswehrstandorte beharrt. „Dies ist nicht nur friedenspolitisch absolut untragbar. Es ist auch eine unverantwortliche Politik gegenüber den Kommunen, die bislang militärisch genutzte Flächen umnutzen müssen und den Wegfall ziviler Arbeitsplätze kompensieren wollen“, kritisierte Innenpolitikerin Martina Renner. ■

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:

Die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 16. bis 18. November statt.

Fachtagung Tourismus:

Zu einer tourismuspolitischen Fachtagung lädt die Landtagsfraktion DIE LINKE am Montag, den 14. November, 14.00 bis 19.00 Uhr, nach Neuhaus am Rennweg ins Hotel Schieferhof ein.

Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen unter:

www.die-linke-thl.de